## Der "Karl Bücher-Streit": Ein Beitrag zum Verhältnis von

Wissenschaft und Buchhandel um 1900
Teuteberg, Hans Jürgen
First published in: Geschichte und Geschichtsbewusstsein, S. 414 - 442, Münster 1990
Münstersches Informations- und Archivsystem multimedialer Inhalte (MIAMI) URN: urn:nbn:de:hbz:6-76429498896

## Der "Karl Bücher-Streit": Ein Beitrag zum Verhältnis von Wissenschaft und Buchhandel um 1900

## HANS-JÜRGEN TEUTEBERG

Die engen und zuweilen sogar freundschaftlichen, manchmal aber auch spannungsreichen Beziehungen zwischen dem Bücher produzierenden Gelehrten und dem professionell auf Vertrieb und optimale Rendite eingestellten Verleger und Sortimenter sind seit dem späten 18. Jahrhundert ein wohlbekanntes Thema, dem die Geschichtswissenschaft aber noch nicht im größeren Zusammenhang nachgegangen ist. So muß man sich immer noch auf einzelne, zeitlich wie räumlich begrenzte Hinweise in den vorliegenden Geschichten des Buchhandels und der Buchwissenschaft sowie auf ältere Kulturgeschichten und nationalökonomische Abhandlungen stützen, die ihrerseits oftmals Memoiren von Verlagsbuchhändlern und Autoren verwerten. Angeregt von einer ersten größeren Biographie über den Kulturhistoriker und Volkswirt Karl Bücher (1847-1939)1 will der vorliegende Aufsatz eine mit großer Verve ausgetragene öffentliche Debatte um die Jahrhundertwende darstellen, in der sich diese ganze Problematik gleichsam wie in einem Brennglas bündelt. Sie ist unter der Bezeichnung "Karl Bücher-Streit" den interessierten Zeitgenossen gut bekannt gewesen, später dann aber offenbar in Vergessenheit geraten. Die Rekapitulierung dieser Auseinandersetzung, die eine interessante Vor- und Nachgeschichte aufweist, erscheint dem Verfasser als passende Gabe für Karl-Ernst Jeismann, der so viele Jahrzehnte der

Der "Karl Bücher-Streit" 415

Erforschung der politischen Bildungs- und Kulturgeschichte nachgegangen ist, in der das Buch stets eine zentrale Rolle spielte.

Die Geschichte des deutschen Buchhandels ist oftmals unter verschiedensten Aspekten auch anhand der Quellen kenntnisreich behandelt worden, so daß an dieser Stelle nur wenige Grundlinien angedeutet zu werden brauchen<sup>2</sup>.

Sieht man von den Schreibschulen in antiken Bibliotheken und mittelalterlichen Klöstern sowie den mit der Buchausleihe beschäftigten "stationarii" an den auftauchenden ersten Universitäten, die bereits einen Handel mit Handschriften betrieben, einmal ab, dann konnte ein selbständiger Buchhandel verständlicherweise erst nach der Erfindung der Druckkunst seine eigentliche Gestalt gewinnen. Waren die vor 1500 gedruckten Inkunabeln noch mit Hilfe der neuen Technik vervielfältigte Handschriften nach Art der alten Schreibstuben, so machte man nun nach Beginn der Reformation das gedruckte Schrifttum erstmals einem größeren Publikum zugänglich. Das Buch wurde nicht nur Ausdrucksmittel des Zeitgeistes, sondern zugleich auch ein wirtschaftliches Konsumgut. Besondere "Buchführer" suchten jetzt nicht nur wie früher Klöster und Geistliche, sondern auch Märkte und Messen auf. Diese reisenden Buchhändler machten sich überdies vielfach selbständig und kauften bei verschiedenen Druckern Bücher, wobei sie wegen der größeren Abnahmemenge einen Preisnachlaß erhielten. In einigen größeren Städten entstanden spezielle "Faktoreien" zur besseren Belieferung und Abrechnung, in denen Bücher aus verschiedenen Druckereien auf Lager gehalten wurden. Damit wurden die ersten Vorläufer für die heutigen Sortimentsbuchhandlungen

Birgit Rudat, Karl Bücher als Repräsentant der jüngeren Historischen Schule der Nationalökonomie, Phil.Mag., Masch.Schr., Münster 1989.

Hans Widmann, Geschichte des Buchhandels vom Altertum bis zur Gegenwart. Die Entwicklung in Umrissen auf Grund der Darstellung von Ernst Kuhnert, Wiesbaden 1952. - Ders., Geschichte des deutschen Buchhandels. In: H. Hiller und W. Strauss (Hrsg.), Der deutsche Buchhandel. Wesen, Gestalt, Aufgabe, 3. überarb. Aufl., Gütersloh 1966. - Ders., (Hrsg.), Der deutsche Buchhandel in Urkunden und Quellen, 2 Bde., Hamburg 1965. - Gustav Fischer, Grundzüge der Organisation des deutschen Buchhandels, Jena 1903 (Sammlung national-ökonomischer und statistischer Abhandlungen, Bd. 41).

geboren. Frankfurt a.M. und Leipzig waren für die "Buchführer" die wichtigsten Meßplätze, wobei Anfang des 18. Jahrhunderts Leipzig als eindeutiges Zentrum des deutschen Buchhandels Frankfurt a.M. den Rang ablief.

In dem sich schnell verbreiternden Buchdruckgewerbe kam es schon vor 1500 zur arbeitsteiligen Trennung von Druckern und Verlegern. Auch tauchte bald das Problem des Nachdrucks auf, bei dem Autor wie Verleger gleichermaßen geschädigt wurden. Da die Autoren zunächst keine Honorare erhielten, erlitten sie zwar keine finanzielle Einbuße, doch mußten sie oftmals zu ihrem Ärger feststellen, daß ihre Werke schlecht, fehlerhaft oder entstellt nachgedruckt wurden. Ein Anspruch auf geistiges Eigentum war noch nicht gegeben. Seltsam war anfangs auch das Tauschen einzelner Druckbögen oder Bücher, ungeachtet der Papierqualität, der Größe des Buches oder Güte des Druckes, was "Stechen" genannt wurde und die Buchqualität verminderte.

Der Leipziger Buchhandel, angeführt von Philipp Erasmus Reich, lehnte sich zuerst gegen diese Geschäftspraktiken auf und lieferte nur noch gegen Barzahlung mit 16-25 v.H. Rabatt an Buchhändler. Diese gingen im Gegenzug zum Konditionsgeschäft über, das später ein wichtiger Bestandteil des Buchhandels wurde und im "Karl Bücher-Streit" die Hauptrolle spielt: Man bezahlte nach einem Jahr nur die Bücher eines Verlages, die auch tatsächlich verkauft worden waren. Der Rest der Buchware wurde dem Verlag zurückgegeben. Seit 1788 galt die Ostermesse als solcher Abrechnungstermin. Der Buchhändler rechnete dann über die im Laufe eines Jahres vom Verlag "à condition" erhaltenen Bücher ab, indem er sie bezahlte, remittierte oder "disponierte", d.h. auf ein weiteres Jahr behielt.

Mit der im 18. Jahrhundert wachsenden Zahl der Bücher glaubten erstmals einige Autoren ein Anrecht auf ein Honorar zu haben, das dann auch in geringem Umfang gezahlt wurde. Einige Schriftsteller der Aufklärung gründeten erste Selbstverlage, um der in ihren Augen ungerechtfertigten Ausnutzung durch die Verleger zu entgehen, wobei freilich übersehen wurde,

daß abgesehen von den relativ wenigen erfolgreichen Werken ein vollständiger Absatz einer Auflage meist nicht möglich war<sup>3</sup>.

Klopstocks Reformbestrebungen reichten weiter. Er versuchte, den kommerziellen Verleger durch ein gänzlich neues Vertriebssystem auszuschalten<sup>4</sup>. 1773 entwarf er den Plan für ein völlig neues Vertriebsnetz, in dem die Schriftsteller Verlag und Absatz überall selbst zu übernehmen hatten. In seiner "Gelehrtenrepublik" sollte jeder Autor sein Werk als Subskription anbieten. Entsprechend den Bestellungen konnte er dann seine Auflage drucken und selbst ausliefern. Klopstock hatte in der Tat zunächst einen Riesenerfolg: Er konnte vom ersten Band seines "Messias" 6.656 Exemplare an 3.609 Vorausbesteller absetzen. Doch war dies wohl mehr dem Namen dieses Schriftstellers, der damals auf dem Gipfel seines Ruhmes stand, als dem neuen Vertriebssystem zuzuschreiben.

Der schon erwähnte Leipziger Buchhändler Philipp Erasmus Reich veröffentlichte anonym eine Schrift gegen Klopstocks "Gelehrtenrepublik". Darin verwies er auf die Mühe und das Risiko eines Buchhändlers, die Kosten der notwendigen in- und ausländischen Verbindungen, die hohen Investitionen für jedes Buch sowie die kulturellen Aufgaben des Buchhandels<sup>5</sup>. Vor allem beklagte er die Kritik von Leuten, die von dem sehr schwierigen Geschäft überhaupt nichts verstünden:

Einen Selbstverlag gründete z.B. Lessing mit dem Druckereibesitzer Bode und Gleim mit dessen Kollegen Bachmann. Beide Unternehmungen hatten aber nur kurzen Bestand. Vgl. Ernst Kundt, Lessing und der Buchhandel, Heidelberg 1907.

Johann Goldfriedrich, Geschichte des Deutschen Buchhandels vom Beginn der klassischen Litteraturperiode bis zum Beginn der Fremdherrschaft (1740-1804), Leipzig 1909 (Geschichte des Deutschen Buchhandels, hrsg. von der Historischen Kommission des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler, Bd. 3). - F. H. Meyer, Die genossenschaftlichen und Gelehrtenbuchhandlungen des achtzehnten Jahrhunderts. In: Archiv für die Geschichte des deutschen Buchhandels, Bd. 2, Leipzig 1879. - Albrecht Kirchhoff, Beiträge zur Geschichte des deutschen Buchhandels, Bd. 2: Das XVII. und XVIII. Jahrhundert, Neudruck der Ausgabe von 1853, Osnabrück 1966.

Philipp Erasmus Reich, Zufällige Gedanken eines Buchhändlers über Herrn Klopstocks Anzeige einer gelehrten Republik, o.O. [Leipzig] 1773.

"Das ganze Feld der Buchhandlung zu bebauen, erfordert mehr Einsicht, Kräfte, Fleiß und Kenntnisse der Welt als beim Verlag einzelner Stücke, die selten über unsere Grenzen gehen, nötig ist und als diejenigen sich vorzustellen pflegen, die aus ihrer Studierstube davon urteilen"<sup>6</sup>.

Reich drohte namens der Leipziger Buchhändler Klopstock mit erheblichen Repressalien. Eine neue "Buchhändlerrepublik" werde jedes Werk der "Gelehrtenrepublik" nachdrucken und zum halben Preis verkaufen. Die Gegenschrift schloß dann mit dem versöhnlichen Gedanken, daß der gemeinsame Feind des Gelehrten, Schriftstellers und Buchhändlers der Nachdruck sei und alles darauf ankomme, diesen gemeinsam zu bekämpfen.

Aber Klopstocks Idee, den Buchhandel zu unterlaufen, fand auch in den eigenen Reihen der Autoren keinen rechten Anklang. So wies der mit ihm befreundete Hamburger Arzt und Merkantilist Johann Albert Hinrich Reimarus, Sohn des berühmten Aufklärers und Theologieprofessors Hermann Samuel Reimarus, auf entscheidende Schwächen dieses eigenen Buchvertriebs hin: Wie sollten junge unbekannte Schriftsteller ihre Werke absetzen? Es sei wohl kaum anzunehmen, daß sich genügend Buchkäufer für den Titel eines noch nie gehörten Autors finden würden, der ohne Rückgabemöglichkeit vorausbestellt werden müsse. Vor allem fragte aber Reimarus: Wo kann sich ein Käufer die Bücher anschauen, ehe er sie erwibt? Wie bekommt man ein zusätzliches Werk, nachdem es erschienen ist?

Der bedeutendste Selbstverlag von Autoren ist in Dessau etwa um diese Zeit entstanden. Dort gründete der Magister Karl Christoph Reiche, am Basedowschen "Philantropin" wirkend, Ende der 1770er Jahre die "Dessauer Buchhandlung der Gelehrten". Es handelte sich hierbei um eine Art Kommissionsverlag. Der einzelne Autor druckte in der Regel auf eigene Kosten, während die

Buchhandlung den Vertrieb übernahm. Im Gegensatz zu Klopstock war man aber bereit, mit den anderen Buchhändlern zusammenzuarbeiten. Die Gelehrtenbuchhandlung gab sich mit einer bescheidenen Provision für die aufgewandte Mühe zufrieden und verstand sich als eine gemeinsame "Verlagscasse für Gelehrte und Künstler", die auf Antrag auch die Herstellungskosten vorschoß, sie bei einem wenig aussichtsreichen Manuskript aber auch verweigern konnte. Die Autoren, die die Druckkosten selbst trugen, wurden mit 66 v.H. am Verkaufspreis beteiligt, die Verlagskasse erhielt 11 v.H. Zinsen des vorgeschossenen Kapitals. Jedoch brauchte der Autor die Druckkosten nachträglich nicht zu bezahlen, wenn das Werk diese nicht wieder hereinbrachte. Die der Buchhandlung angeschlossenen Autoren konnten nach diesem Konzept nur gewinnen und nichts verlieren. Anteile an diesem genossenschaftlichen Unternehmen waren im übrigen an andere Interessenten verkäuflich. Im April 1781 erschienen das erste Heft der "Berichte der allgemeinen Buchhandlung der Gelehrten" und dann weitere wissenschaftliche Werke. Um die Unabhängigkeit von den anderen Buchhändlern zu demonstrieren, ließ man sich auf der Leipziger Messe durch einen Materialienhändler vertreten. Um die Verleger zu umgehen, arbeitete man mit den Postämtern zusammen und räumte diesen die gleichen Rabatte wie den Buchhändlern ein. Diese Vertriebsmethode erinnert an die Methoden des modernen Versandhandels.

Auch hierauf reagierte der Leipziger Buchhandel heftig und beschloß auf der Ostermesse 1781, der "Gelehrtenbuchhandlung" jede Hilfe beim Vertrieb zu versagen. Die Dessauer setzten auf dieser Messe auch nur Bücher für 37 Taler um. Daraufhin paßte Reiche sich den buchhändlerischen Usancen an, so daß auf der Michaelis-Messe 1782 bereits 22 Buchhändler die Bücher aus der "Dessauer Gelehrtenbuchhandlung" übernahmen. Doch gleichzeitig begann nun der Niedergang des neuen Unternehmens. Die angeschlossenen Autoren wollten nicht anderthalb Jahre lang auf ihr Geld warten, bis die Buchhändler

Zitiert nach Goldfriedrich, Buchhandel (wie Anm. 4), S. 143.

J.[ohann] A.[lbert] H.[inrich] Reimarus, Der Bücherverlag in Betracht der Schriftsteller, der Buchhändler und des Publikums erwogen, Hamburg 1773.

Nachricht und Fundations-Gesetze von der Buchhandlung der Gelehrten, die in der Fürstl. Anhalt. Residenzstadt Dessau errichtet ist, Dessau 1781.

abgerechnet hatten. 1783 mußte der Initiator Reiche seine Autoren bitten, nur noch solche Werke drucken zu lassen, die wirklich absatzfähig seien, die sie aus eigenen Mitteln finanzieren konnten, ohne zwei Jahre auf die Endabrechnung zu warten. Zuletzt waren die Preise der "Dessauer Gelehrtenbuchhandlung" nicht geringer als die anderer Buchhandlungen. Nachdem Versuche, Remittenden an andere Buch- und Nichtbuchhändler zu verkaufen sowie das Geschäft nach Amerika auszudehnen, gescheitert waren, wurde das Unternehmen an Georg Joachim Göschen verkauft, der es 1785 wieder in eine normale Buchhandlung überführte. Das erste Experiment einer Autorenproduktionsgenossenschaft war damit, obwohl es zeitweise die erlesensten deutschen Dichter und Schriftsteller förderten, gescheitert<sup>9</sup>.

Das frühe 19. Jahrhundert war dann durch einen beginnenden Kampf gegen den Nachdruck gekennzeichnet, nachdem Preußen 1799 als erster deutscher Staat solchen Raub geistigen Eigentums englischem Vorbild folgend grundsätzlich verboten hatte. Zwischen 1827 und 1829 schloß es mit den meisten

anderen Staaten ähnliche Verträge und führte 1837 erstmalig auch eine dreißigjährige Schutzfrist für Verlagswerke ein, der der Deutsche Bund acht Jahre später folgte. Im Jahre 1825 schlossen sich 99 Buchhändler und Verleger zum "Börsenverein des Deutschen Buchhandels" zusammen. 1835 erließ der Deutsche Bund ein Gesetz gegen den unberechtigten Nachdruck. Der Schutz des Autors wurde schließlich durch das Urhebergesetz 1870 reichseinheitlich geregelt.

Zu Beginn des Bismarckreiches waren damit alle wesentlichen buchhändlerischen Betriebsformen und Handelsusancen längst voll ausgebildet. Die zahlreichen Kulturmittelpunkte in Deutschland als Erbe der jahrhundertelangen Kleinstaaterei hatten bewirkt, daß auch Verlage und Sortimenter zahlreich zerstreut blieben und sich nicht wie in England und Frankreich primär in den Hauptstädten zusammenballten. Die typische Dezentralisation wurde aber durch die Leipziger Messe überwunden, wo die Kommissionäre, die die Verleger und Buchhändler vertraten, die wichtigsten Werke stets auf Lager hatten. Fast der gesamte Bestellverkehr wickelte sich über diese Kommissionäre ab. Der große Vorteil dieses Systems lag darin, daß so Einzelsendungen vermieden wurden und jeweils größere Buchsendungen zusammengestellt werden konnten, ohne daß die Ersparnis an Portokosten mit längeren Lieferzeiten erkauft werden mußte. Die Zentralisation in Leipzig ging soweit. daß Verleger wie Buchhändler das Porto von bzw. nach Leipzig zu bezahlen hatten. Mit wachsender Entfernung von Leipzig stiegen damit die Besorgungsspesen bei einer Buchbestellung. Die Einführung eines 5-Kilo-Paketes, das die Reichspost über jede Entfernung im Reich zum gleichen Porto beförderte, machte es dann aber den Leipziger Kommissionären möglich, alle Buchhändler mit gleichem Rabatt zu beliefern. Um konkurrenzfähig zu bleiben, war man nun gezwungen, dem Provinzsortiment überall gleiche Rabatte zu gewähren. Kundenrabatte der Buchhändler sowie Versuche von Verlagen, den Buchhändlernachlaß bei wissenschaftlichen Werken zu senken, um die besonders teuren

Mit Sicherheit hat es noch mehr Versuche gegeben, Selbstverlage und genossenschaftliche Autorenverlage zu gründen. So stiftete der bekannte Leipziger Aufklärer Carl Friedrich Bahrdt in Anlehnung an die Illuminatenorden einen Geheimclub mit dem Namen "Deutsche Union", der eigene Bücher für zahlende Mitglieder produzieren sollte, wobei als Basis an örtliche Lesegesellschaften gedacht war. Die Veröffentlichung der Ziele und der Namen der Mitglieder, unter ihnen Schlözer und Eichhorn, genügte aber schon zur Auflösung. Auch in Göttingen scheint es schon kurz nach Gründung der Universität Pläne für eine unabhängig von Gelehrten getragene Buchhandlung gegeben zu haben. Vgl. Carl Friedrich BAHRDT, Geschichte und Tagebuch meines Gefängnisses nebst geheimen Urkunden und Aufschlüssen über die Deutsche Union, Berlin 1790. - Leopold Alois Hoffmann, Aktenmässige Darstellung der Deutschen Union und ihrer Verbindung mit dem Illuminaten-, Freimaurer- und Rosenkreutzer-Orden. Ein nöthiger Anhang zu höchst wichtigen Erinnerungen zur rechten Zeit, Wien 1796. - [J. J. C. Bode], Mehr Noten als Text oder die Deutsche Union der Zwey und Zwanziger eines neuen geheimen Ordens zum Besten der Menschheit. Aus einem Paket gefundener Papiere zur öffentlichen Schau gestellt durch einen ehrlichen Buchhändler, Leipzig 1789. - Wilhelm Ruprecht, Göttinger Gelehrtenbuchhandlungen. Pläne aus der Frühzeit der Georg-August Universität. In: Archiv für Geschichte des Deutschen Buchhandels, Bd. 21, Leipzig 1930, S. 195-231. - F. Hermann Meyer, Die genossenschaftlichen und Gelehrten- Buchhandlungen des XVIII. Jahrhunderts. In: Archiv für Geschichte des deutschen Buchhandels, Bd. 2, Leipzig 1879.

Herstellungskosten besser aufzufangen, machten den Buchmarkt aber dann wieder undurchsichtiger. Erst 1887 konnte der Deutsche Börsenverein einen festen Ladenpreis, d.h. eine Preisbindung zweiter Hand durchsetzen. Die Kreisund Ortsvereine der Buchhändler stellten besondere Verkaufsnormen auf, die nicht nur für die Mitglieder, sondern für jeden bindend waren, der in dieses Gebiet Bücher liefern wollte. In Leipzig und Berlin (wo eines der kleineren Nebenzentren des deutschen Buchhandels bestand) blieben ansehnliche Sonderrabatte bestehen; doch durften dort wirkende Buchhändler den Provinzbuchhandel nicht unterbieten. Wer sich diesen Absatzbedingungen nicht unterwarf, dem wurden die zentralen Einrichtungen des Börsenvereins (Börsenblatt, Bestellanstalt) gesperrt, ohne die ein echtes Sortiment nicht aufrecht zu erhalten war. Einzelne Prozesse zur Durchsetzung von mehr Marktfreiheit blieben ergebnislos<sup>10</sup>.

Die zunehmende Kartellierung des deutschen Buchhandels und die sich daraus ergebenden Folgen für den Buchleser führten dazu, daß sich die im "Verein für Socialpolitik" zusammengeschlossenen deutschen Rechts- und Wirtschaftswissenschaftler damit beschäftigten. Karl Bücher, der 1892 als Nachfolger von Lujo Brentano von der Technischen Hochschule Karlsruhe auf den Lehrstuhl für Nationalökonomie und Statistik in Leipzig berufen worden war, beauftragte im Zuge der Untersuchung aller großen Kartelle in Deutschland den damals noch jungen Nationalökonomen Ludwig Pohle, sich mit der neuen Situation im Buchhandel zu beschäftigen. Dieser kam bei seinen Recherchen zunächst zu dem Resultat, daß der feste Ladenpreis sowohl den Verlegern und Buchhändlern wie den Buchkonsumenten zugute käme, und lobte vor allem das deutsche Sortiment mit den Worten:

"Nicht nur in Großstädten, sondern in fast jeder Mittelstadt bis herab zu den Kleinstädten kann man fast alle Bücher kostenlos zur Ansicht vorgelegt erhalten, auch wenn der Buchhändler sie nicht vorrätig hat. Der Käufer erhält dadurch Gelegenheit, sich über Wert oder Unwert einer Erscheinung mit Rücksicht auf die besonderen Zwecke, die er verfolgt, durch prüfende Einsichtnahme besser zu unterrichten, als bei irgend einem anderen System des buchhändlerischen Vertriebs möglich wäre"<sup>11</sup>.

Innerhalb des Buchhandels regten sich Kräfte, die den Kundenrabatt ganz abschaffen wollten. Im Dezember 1901 sperrte man als weiteren Schritt das Börsenblatt für alle Nichtbuchhändler. Alle diese Maßnahmen erweckten wie bei der Festsetzung eines festen Ladenpreises wiederum besonders bei den Bibliotheken soviel böses Blut, daß man die zuletzt getroffenen Maßnahmen wieder rückgängig machte. Als aber dann am 1. Januar 1903 jeder Kundenrabatt erneut untersagt wurde (Ausnahme 5 v.H. Behördenrabatt und 2 1/2 v.H. Skonto bei Barzahlung), warnte der Rektor der Universität Königsberg, Professor Bezzenberger, den Göttinger Verleger Wilhelm Ruprecht, der "Börsenverein" beschwöre mit seiner Politik einen schweren Konflikt zwischen Wissenschaft und Buchhandel herauf. Dies löste bald darauf weitere Reaktionen aus.

Am 14. April 1903 erfolgte auf Initiative des Leipziger Rektors Professor Adolf Wach, der als Mitverfasser des Reichszivilprozeßrechts zu den bekanntesten deutschen Juristen gehörte, anläßlich einer Rektorenkonferenz in Eisenach die Gründung eines "Akademischen Schutzvereins", der der weiteren Verteuerung insbesondere der wissenschaftlichen Literatur entgegensteuern sollte. Der neue Zusammenschluß sah seinen Zweck vor allem darin, den Absatz wissenschaftlichen Schrifttums zu fördern und seine Verfasser gegen die wirtschaftliche Übermacht der Verlage beim Abschluß von Verträgen zu

R. Mayer und E. Müller, Handelsfreiheit und Recht im Buchhandel, 3. Aufl., Berlin 1888.

Ludwig Pohle, Das deutsche Buchhändlerkartell. Verhandlungen der am 28. und 29. September 1893 in Wien abgehaltenen Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik über die Kartelle und das ländliche Erbrecht. In: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 59, Verhandlungen von 1894, Anhang II, Leipzig 1895, S. 532.

schützen<sup>12</sup>. Es wurde eine Mitgliederberatung eingerichtet und die fortlaufende Unterrichtung der Öffentlichkeit beschlossen. Vor allem strebte man aber auch eine rationellere Gestaltung des Buchvertriebs an.

Der Berliner Pädagoge und Philosoph Friedrich Paulsen (1846-1908), der sich neben anderen Schriften vor allem durch seine "Geschichte des gelehrten Unterrichts" (1885) einen populären Namen gemacht hatte, war nun der erste, der sich in zwei Zeitungsartikeln in der streng liberal ausgerichteten Berliner "Nationalzeitung" kritisch mit dem deutschen Buchhandel auseinandersetzte und die hohen Bücherpreise für das beklagenswert geringe Lesebedürfnis der Deutschen verantwortlich zu machen suchte<sup>13</sup>. Besonders klagte er darüber, daß aus dem alten gebildeten Sortimentsbuchhändler ein bloß materiell denkender "Bücherbesorger" geworden sei, und forderte eine billigere Organisation des Buchvertriebs. Der Göttinger Verlagsbuchhändler Wilhelm Ruprecht, Vorstandsmitglied des "Börsenvereins", antwortete ihm kurz darauf an gleicher Stelle, wobei er sich wie Paulsen aber eines gemäßigten Tones befleißigte<sup>14</sup>.

Dies änderte sich schlagartig, als nun im Sommer 1903 Karl Büchers Denkschrift "Der deutsche Buchhandel und die Wissenschaft" erschien, die im Auftrag des "Akademischen Schutzvereins" verfaßt worden war<sup>15</sup>. Sie brachte mit einem Schlag alle hier aufgestauten Probleme zum Vorschein und formulierte mit bisher nicht erreichter Prägnanz den Standpunkt der Autoren wie Leser in dieser Kontroverse.

Die Streitschrift stellte zunächst den Warencharakter des Buches heraus, wobei drei Faktoren für entscheidend gehalten wurden:

- Das Buch ist inhaltlich ein geistiges Erzeugnis.
- Seine Herstellung erfolgt als Massenprodukt.
- Es ist aber nur zum Einzelgebrauch bestimmt.

Dabei dürfe man aber nicht die im Grundsatz unbeschränkte Bedarfserweiterung und die hohe Abhängigkeit zwischen Nachfrage und Preis übersehen. Der Buchhandel habe nach Bücher nur dann eine Berechtigung, "wenn er seinen Dienst der gesamten Volkswirtschaft besser und billiger leistet, als ohne ihn geschehen könnte" Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gebe es im Deutschen Reich 2.000 Verlage und 6.000 vertreibende Sortimenter für jährlich etwa 250.000 Verlagsartikel. Alle diese drei Zahlen hielt der Leipziger Ökonom in einer modernen Volkswirtschaft für viel zu hoch. Am Buchhandel kritisierte er am Beispiel Leipzigs spöttisch den umständlichen Bestellverkehr, der noch aus der Zeit der Postkutsche stamme. Stattdessen forderte er einen direkten Bezug des Kunden über den Postweg beim Verlag zu "Fabrikpreisen" Auch das Konditionsgeschäft hielt er für ein unnötig verteuerndes Element, das vom Buchhandel zudem nur ungenügend gehandhabt werde.

Bei seiner Untersuchung der durchschnittlichen Buchhändlerrabatte kam er (wie man dann später feststellte) fälschlicherweise auf 30 v.H., was er dann mit

In den Zielen des "Akademischen Schutzvereins" hieß es wörtlich: "Der Schutzverein, welcher von den akademischen Lehrern der deutschen Hochschulen begründet worden ist, wird es sich zur Aufgabe machen, den Widerstand der ganzen gebildeten Bevölkerung gegen die in dieser Schrift geschilderten Mißstände wachzurufen, was gesund ist am deutschen Buchhandel, zu pflegen und zu fördern, was krank und überlebt und schädlich ist, nicht ferner zu stützen und konservieren zu helfen. Die Kampfesstellung hofft er nur vorübergehend einnehmen zu müssen, scheut aber auch nicht vor dem Gedanken zurück, Gewalt mit Gewalt vertreiben zu müssen. Was er zunächst verlangt und verlangen muß, ist nichts weiter, als daß die Grundsätze des freien Handels und Wettbewerbs, von denen unsere ganze Wirtschaftsorganisation beherrscht wird, auch für den Buchhandel wieder zu Anerkennung und Geltung gelangen, damit eine Ausstoßung parasitischer Zwischenglieder des Verkehrs und die wirtschaftliche Gestaltung in Bücherproduktion und Vertrieb Platz greifen können." Zitiert nach Karl Bücher, Der deutsche Buchhandel und die deutsche Wissenschaft. Denkschrift im Auftrage des Akademischen Schutzvereins, Leipzig 1903, S. 239f.

Friedrich Paulsen und Wilhelm Ruprecht, Vom Deutschen Buchhandel. 4 Aufsätze, Sonderdrucke aus der Nationalzeitung (Berlin), Leipzig 1903.

Die Artikel von Paulsen und Ruprecht erschienen am 8. und 9. Mai, am 13. Juni und am 2. und 13. Juli in der Berliner "Nationalzeitung". Wilhelm Ruprecht, Väter und Söhne. Zwei Jahrhunderte Buchhändler in einer deutschen Universitätsstadt, Göttingen 1935.

BUCHER, Buchhandel (wie Anm. 12).

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Ebd., S. 15.

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup> Ebd., S. 29, vgl. S. 242.

den niedrigen Handelsspannen des Kolonialwarenhändlers verglich<sup>18</sup>. Anhand angebotener Sortimente errechnete er einen Reingewinn von 16,4 v.H. Die Lage der Buchhändler verschlechtere sich fortlaufend nur deswegen, weil die günstige Ertragslage immer neue Geschäftsgründungen, vor allem von Zwergbuchhandlungen, zur Folge habe. Bücher zog daraus den Schluß, daß bei derart hohen Gewinnen ein Kundenrabatt durchaus möglich sei, zumal sich im normalen Kundenkredit sowieso ein Preisnachlaß verstecke. Außerdem beweise die Tatsache, daß Exportbuchhandlungen deutsche Bücher ins Ausland mit erheblichem Rabatt lieferten, die Möglichkeit eines Kundenrabatts. Anhand einer Tabelle deckte er zugleich die unterschiedlich gewährten Bibliotheksrabatte auf. Durch die Abschaffung des Kundenrabatts würden die Leser insgesamt um 6 Mio. M. geschädigt. Der Reise-, Raten- und Versandbuchhandel sowie das moderne Antiquariat hätten als erfolgreiche Konkurrenten im übrigen das Versagen des Sortimentsbuchhandels deutlich gemacht<sup>19</sup>. Das wissenschaftliche Buch sei durch diese Geschäftspraktiken, was durch Statistiken zu untermauern versucht wurde, teurer als in vergleichbaren Nachbarländern, wobei die Bücherpreise seit 1870 ständig gestiegen seien<sup>20</sup>.

Den Verlagen warf der Verfasser vor, daß sie ihre wirtschaftliche Überlegenheit gegenüber dem Autor ausnutzten, und druckte zum Beweis einen typischen Verlagsvertrag ab<sup>21</sup>. Bücher kam zu dem Schluß, daß der deutsche Buchhandel zu teuer arbeite und damit das deutsche Geistesleben schädige. Die Autoren hätten das Nachsehen; denn aufgrund der hohen Preise würde ein zu geringer Absatz ihrer Werke erzielt und die Konsumenten letztlich am Lesen gehindert. Die Buchhändlerorganisation sei veraltet, die Buchhändlerge-

hilfen (Angestellten) wegen der geringen Löhne unzufrieden, so daß billigere Frauenarbeit vordringe, und das Bildungsniveau der Sortimenter sei herabgesunken. Trotz des relativ hohen Reingewinns gebe es viele verschuldete kleine Buchhandelsbetriebe, die ihren Inhabern nur eine ungenügende Existenz sicherten. Die Maßnahmen des "Börsenvereins" erinnerten den historisch gebildeten Nationalökonomen Bücher an das ausgehende Zunftzeitalter mit seiner einseitig abgekapselten Interessenpolitik. Er nannte diese Vereinigung ironisch eine "Interessengruppe, die Volksbildung, Jugendunterricht und Wissenschaft besteuert"<sup>22</sup>.

Wie der Verfasser dann später im Vorwort der zweiten Auflage schrieb, war diese Denkschrift in wenigen Sommerwochen entstanden, weshalb gewisse Lücken, Unebenheiten und Versehen in die Darstellung gelangten<sup>23</sup>. Gerade diese Mängel waren es aber, die nun die Diskussion anheizten. Eine Flut von Kritiken und Gegenschriften entstand in den nächsten Monaten und zeigte, als wie brisant dieses Thema in der Öffentlichkeit empfunden wurde<sup>24</sup>. Beim Buchhandel löste die Schrift einen wahren Entrüstungssturm aus, wobei die offensichtlichen Fehler bei der Berechnung des Rabatts und Reingewinns verständlicherweise die größte Rolle spielten. Die Gesamtschau der Bücherschen Schrift ging dabei teilweise ganz verloren<sup>25</sup>. Man machte umgekehrt die

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup> Ebd., S. 58-64.

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> Ebd., S. 200.

Ebd., S. 215ff. - Zu dem gleichen Ergebnis kam der Bücher-Schüler G. Loseth, Zur Statistik der Bücherpreise. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 60 (1904), S. 358-369.

Ebd., S. 157-159.

Ebd., S. 239.

Ebd., 3. verm. u. verb. Aufl., Leipzig 1904, S. III.

Robert L. Prager weist an die hundert Rezensionen, Kritiken und Gegenrepliken nach. Vgl. Robert L. Prager, Die 'Ausschreitungen des Buchhandels'. Antwort auf die Denkschrift des Akademischen Schutzvereins mit einem Anhang: Der deutsche Sortimentsbuchhandel im Urteil englischer Verleger, Leipzig 1903, S. 106ff.

Vgl. Gustav Wilhelm Knorrn, Der Nationalökonom Bücher und der deutsche Sortimentsbuchhandel. Eine Antwort auf Büchers Schrift: 'Der deutsche Buchhandel und die Wissenschaft', Waldenburg i. Schlesien 1903. - K[arl] L. Groß, Der deutsche Buchhandel und Herr Prof. Dr. Karl Bücher, Leipzig. Einige Bemerkungen zu der von Dr. K. Bücher herausgegebenen Denkschrift des akademischen Schutzvereins, Stuttgart 1904. - Hermann Horst, Neue Kritiken über die von Herrn Professor Dr. Bücher in Leipzig im Auftrag des Akademischen Schutzvereins verfaßte Denkschrift 'Der deutsche Buchhandel und die Wissenschaft'. Mit einem Anhang von Friedrich Schiller, Buchhändler in Wien, Stuttgart 1903. - Gustav Uhl, Der deutsche Buchhandel und

Schriftsteller für die Überproduktion von Büchern verantwortlich und sprach einem Nichtfachmann das Recht ab, über das Wesen des Buchhandels zu urteilen. Amüsant für den Historiker sind dabei die Teile, in denen vom Alltagsleben eines Sortimenters um 1900 die Rede ist.

Die Orts- und Kreisvereine der Buchhändler gaben eine mit gehörigen Angriffen gespickte Gegenschrift heraus, in der sich Sätze finden wie: "Nun – Herr Professor Bücher mit der Gefolgschaft des Akademischen Schutzvereins ist kein Reformator, denn ihm fehlt die sittliche Kraft zum Wiederaufbau des Gebäudes, das er so gern in Trümmer schlagen möchte"<sup>26</sup>. Die Professoren wurden aufgefordert, ihren Schaffensdrang zum Wohle der Allgemeinheit zu zähmen, es werde "gerade auf wissenschaftlichem Gebiet unendlich viel Stroh gedroschen"<sup>27</sup>.

Man beschuldigte Bücher offen der Unwahrheit und schlug vor, die Professoren sollten sich lieber mit den um sich greifenden Geschlechtskrankheiten ihrer Studenten beschäftigen<sup>28</sup>. Etwas sachlicher argumentierte der Buchhändler Robert L. Prager, der Büchers wissenschaftliche Leistungen ausdrücklich anerkannte, die Denkschrift freilich als unwissenschaftlich einstufte<sup>29</sup>. Interessanterweise glaubte er wie Bücher, die Abschaffung des Kundenrabatts genüge nicht, um dem Buchhandel aus seinen wirtschaftlichen Nöten zu helfen.

Sehr viel sachlicher war die Kritik der Verleger. Die wohl beste Antwort verfaßte Karl Trübner im Auftrag der Verlegerkammer<sup>30</sup>. Darin wurde nachdrücklich zunächst die Ansicht vertreten, daß das Sortiment nicht nur das wirksamste, sondern zugleich das billigste Mittel des Buchvertriebs darstelle. Der Provinzialbuchhändler außerhalb des Messeplatzes Leipzig könne nur bei einem festen Ladenpreis ohne Kundenrabatt erhalten werden, denn das Einkommen des durchschnittlichen Buchhändlers sei "unter das Maß des Wünschenswerten gesunken". Trübner schätzte die Geschäftskosten des Sortimenters auf 20 v.H., den durchschnittlichen Buchhändlerrabatt aber auf 28 v.H.<sup>31</sup>. Das Ausland beneide den deutschen Buchhandel um seine Vertriebsform, gab jedoch zu, daß hierbei bestimmte Käuferschichten nicht erfaßt würden<sup>32</sup>. Der von Bücher geforderte Direktbezug des Kunden beim Verlag würde den Absatz der wissenschaftlichen Literatur nur weiter erschweren. Dagegen sei das Konditionsgeschäft ein stimulierendes Element, weil ein Kunde gern erst ein Buch prüfe, ehe er es kaufe. Die hohe Zahl der Sortimenter in Deutschland könne mit der Zahl der Kleinhändler leicht erklärt werden, die Bücher neben anderen Waren anböten und nur fälschlich in der Statistik der Buchhändler auftauchten<sup>33</sup>. Trübner meinte, es gebe im Deutschen Reich höchstens 1000-2000 wissenschaftliche Sortimenter und doppelt soviele für populäre Literatur<sup>34</sup>. Büchers Kritik am Verlag verweise auf Ausnahmefälle

die Wissenschaft. Ein Vademecum für Herrn Dr. Karl Bücher, Prof., Leipzig, Leipzig 1904. - Woldemar Koehler, Das deutsche Buchgewerbe im Dienste der Wissenschaft. Denkschrift zur Kritik und Abwehr der Bestrebungen des Akademischen Schutzvereins, aus nationalökonomischem Standpunkt verfasst, Heidelberg 1904.

Theorie und Praxis. Antwort auf Dr. Karl Bücher's Denkschrift: "Der deutsche Buchhandel und die Wissenschaft", bearb. vom Vorstande des Verbandes der Kreisund Ortsvereine im deutschen Buchhandel, Hamburg 1903, S. 24.

Ebd., S. 63.

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> Ebd., S. 117.

<sup>&</sup>lt;sup>29</sup> Prager (wie Anm. 24).

<sup>30</sup> Karl Trübner (Bearb.), Wissenschaft und Buchhandel. Zur Abwehr. Denkschrift der Deutschen Verlegerkammer unter Mitwirkung ihres derzeitigen Vorsitzenden Dr. Gustav Fischer in Jena, Jena 1903.

In den Publikationen der Buchhändler und Verleger schwanken die Angaben über die Geschäftsunkosten zwischen 17-20%, die der Buchhändlerrabatte zwischen 27-30%.

Sir Stanley Unwin, ein bekannter englischer Verleger, bezeichnete in der Tat die Organisation des deutschen Buchhandels vor 1914 als "das Vollkommenste, was je erreicht wurde." Vgl. Stanley Unwin, Das wahre Gesicht des Verlagsbuchhandels, Stuttgart 1927. - Vgl. Prager, Ausschreitungen (Anhang) (wie Anm. 24).

Gemeint sind hier vor allem die Buchbinder und Schreibwarenhändler, die schon immer nebenbei Schul- und Gesangbücher verkauften.

Vgl. Paul Siebeck, Die Organisation des deutschen Buchhandels und seine Bücherpreise in der wissenschaftlichen Literatur. Vortrag zu Tübingen 1903, 2. durchges.

und übersehe die großen Leistungen der Verleger, die viele Werke auf eigene Kosten, oftmals mit Verlust gedruckt hätten. Den angeführten hohen Bücherpreisen stellte er den Hinweis entgegen, daß das deutsche Buch einen kleineren Verbreitungsraum habe als das englische oder französische Werk. Außerdem fehlten genaue Preisvergleiche. Nur der französische Roman sei wegen sehr hoher Auflagen viel billiger zu haben. Paul Siebeck, Inhaber zweier bekannter wissenschaftlicher Verlage in Tübingen, antwortete auf Büchers Streitschrift mit einem Vortrag, in dem er die Abschaffung des Kundenrabatts und die Preisbindung zweiter Hand im Buchhandel ebenfalls verteidigte. Er schlug aber vor, Ladenpreis und Buchhändlerrabatt gleichermaßen zu senken, um den Absatz zu heben. Das Konditionsgeschäft sei die rationellste und auch räumlich weitreichendste Absatzmöglichkeit und liege im Interesse des Verlegers und Konsumenten. Siebeck gab zu, daß der Preis für den Absatz eines Buches freilich nicht allein entscheidend sei. Daneben betonte er die kulturelle Aufgabe des Verlages und wies auf die Unmöglichkeit eines Direktbezuges des Lesers beim Verlag hin. Ansichtssendungen seien im allgemeinen für einen Verleger viel zu teuer, auch fehle ihm die lokale Personenkenntnis des Sortimenters. Eine Senkung des Buchpreises sei durch Ausschaltung des Buchhändlers nicht zu erreichen. Eine Kostensenkung könne nur durch Spezialisierung der Sortimenter erreicht werden. Der Verleger brauche dann an einem Ort nur noch einen Buchhändler zu beliefern, der sich auf seinem Spezialgebiet dann ein größeres Lager halten könne. Die ruinöse Verdrängungskonkurrenz der Sortimenter an einem Ort würde dadurch eingedämmt. Der Kartellcharakter des Verlagsgewerbes wurde von Siebeck strikt verneint, da jeder Verlag frei seine Preise kalkuliere. Dem Akademischen Schutzverein gab er den Rat, sich als eigene Produktionsgenossenschaft zu

etablieren, denn als Einkaufsgenossenschaft müsse er sich an den festen Ladenpreis halten. Siebeck wünschte wie schon vorher Trübner einen gütlichen Ausgleich und druckte einen Musterautorenvertrag ab, der weitgehend Bücherschen Forderungen entsprach.

Aus diesen beiden Stellungnahmen wird deutlich, daß die Verleger nicht interessiert waren, den Buchvertrieb selbst zu übernehmen und weiter auf die Zusammenarbeit mit den Sortimentern setzten. Auf der anderen Seite waren sie aber durchaus an billigeren und besseren Vertriebsmöglichkeiten interessiert und nahmen Büchers Denkschrift zum Anlaß, nun einige in ihren Augen notwendige Reformen anzuregen.

Die Reaktionen auf Seiten des Staates und der breiten Akademikerschaft auf diese Kontroverse blieben zwiespältig. So unterstrich der Geheime Regierungsrat Dr. Richard van der Borght, der später die Untersuchungen über den Kartellcharakter des Buchhandels leiten sollte, in einer Besprechung der Bücherschen Denkschrift die Bedeutung der Mißstände für das Geistesleben und die geschickte Herausarbeitung von Verbesserungen der Buchhandelsorganisation, grenzte sich aber von unzulässigen Verallgemeinerungen, insbesondere bei den Preisvergleichen, und übertriebenen Angriffen gegen das "Buchhändlerkartell" scharf ab<sup>35</sup>. Der Herausgeber der "Hochschul-Nachrichten", Paul von Salvisberg, versuchte, wenngleich er den Bücherschen Vorstoß im Prinzip positiv bewertete, zwischen Buchhandel und "Schutzverein" schlichtend zu vermitteln<sup>36</sup>. In den wichtigsten Punkten sah er Bücher als nicht widerlegt an, schloß sich aber den vorgebrachten Ansichten an, daß die

Abdr. Tübingen 1904. (Hier werden 1500 wissenschaftliche Sortimenter in Deutschland genannt). Eine genaue Auswertung der zeitgenössischen Berufs- und Gewerbestatistik fehlt bis heute.

R.[ichard] van der Borght, Rezension von K. Bücher, Der deutsche Buchhandel und die Wissenschaft. In: Literarisches Centralblatt für Deutschland, Bd. 54 (1903), Sp. 1275-1279. - Eine Entgegnung Büchers findet sich ebd., Sp. 1357-1358, die aber nichts Neues bringt.

Paul v. Salvisberg, Das Preiskartell des deutschen Buchhandels und die Hochschulen. In: Hochschul-Nachrichten. Bd. 14 (1904/05), Nr. 4-6 (bzw. Nr. 160-162). Der Verfasser machte hier auch erstmals auf Gelehrtenbuchhandlungen des 18. Jahrhunderts als Vorläufer des Akademischen Schutzvereins aufmerksam.

Abschaffung des Kundenrabatts allein nicht zur Sanierung des Buchhandels genüge. Interessanterweise regte er an, der Schutzverein möge sich ein breiteres Wirkungsfeld suchen, wobei er an die Errichtung einer Witwen- und Waisenkasse für Hochschuldozenten, das Betreiben von Mensabetrieben und den genossenschaftlichen Einkauf von Büromaterial dachte. Ganz und gar nicht einverstanden mit den Reformvorschlägen war der bekannte Professor für klassische Philologie in Halle Georg Wissowa, der eine Schrift gegen Bücher veröffentlichte, in der er vor allem die Erhaltung der Ansichtssendungen für die Provinzsortimenter verteidigte, was die Abschaffung des Kundenrabatts rechtfertige<sup>37</sup>. Auch anderen Mitgliedern des "Akademischen Schutzvereins" waren die Ansichten Büchers zu radikal, so daß man diese als eine "Privatmeinung" darzustellen versuchte.

Der "Börsenverein Deutscher Buchhändler" bezeichnete unter Verweis auf die große Geschichte des deutschen Buchhandels den Tenor der Bücherschen Denkschrift als völlig verfehlt und verbot dem "Akademischen Schutzverein" die übliche Rabattgewährung, womit diesem die Möglichkeit eines Buchvertriebs praktisch verwehrt wurde<sup>38</sup>. Die Antwort des Schutzvereins fiel aufgrund dieses offenen Boykotts entsprechend scharf aus, obwohl man sich bemühte, einige unpassende Ausdrücke Büchers abzumildern<sup>39</sup>.

In der Folge versuchten nun Wissenschaftler, ihren Buchbedarf zu konzentrieren und über eine Leipziger Buchhandlung gesammelt den höheren Rabatt zu beziehen. Aber dieser Plan wurde durch rechtzeitiges Eingreifen des "Börsenvereins" vereitelt. Wie Wilhelm Ruprecht in seinen Erinnerungen bemerkt, hätten Verleger wie Sortimenter damals nicht viel von dem Wirken des "Akademischen Schutzvereins" gemerkt. Nur ein kleiner Teil der Leipziger

Dozenten löste seine alten Verbindungen. Freilich habe das Rektorat der Universität Leipzig den ansässigen Buchhandel und seine bedeutendsten Vertreter offiziell geschnitten<sup>40</sup>.

Bereits im Februar 1903 hatte Rektor Wach beim Reichsamt des Innern den Antrag gestellt, den deutschen Buchhandel in die sowieso geplanten "kontradiktorischen Verhandlungen über deutsche Kartelle" einzubeziehen. Als im November des Jahres der "Börsenverein" offiziell über seine Bereitschaft zur Teilnahme an diesen Verhandlungen befragt wurde, erklärte er sich aufgrund der aufgeregten Debatte dazu bereit, wenngleich er sich keineswegs als ein Kartell betrachtete<sup>41</sup>. Offensichtlich schien ihm eine sachliche Aufklärung am besten, um die Angriffe abzuwehren.

Inzwischen war eine wesentlich erweiterte und verbesserte zweite Auflage von Büchers Kampfschrift erschienen. Der Autor hatte darin nicht nur einige Unrichtigkeiten ausgemerzt und den Ton an einigen Stellen etwas gemäßigt, sondern auch noch zwei Kapitel hinzugefügt. An der Zielrichtung hatte es jedoch keine Veränderung gegeben. Wiederum erschienen zustimmende und ablehnende Stellungnahmen. Zeitungen, die ein gewisses kulturelles Niveau beanspruchten, ergriffen in diesem öffentlichen Streit Partei. Das öffentliche Interesse an der Geschäftspraxis der Buchhändler war jedenfalls riesengroß.

Die Einbeziehung des Buchhandels in die staatlichen Untersuchungen über die Kartelle, die als die Marktwirtschaft gefährdende Machtzusammenballungen angesehen wurden, war ein offensichtlicher Sieg Karl Büchers. Freilich zahlte er sich wenig aus. Die amtlichen Untersuchungen brachten nämlich nur wenig brauchbare Erkenntnisse, was einerseits auf die zu große Zahl der

Georg Wissowa, Buchhandel und Wissenschaft. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 82 (= III. Folge, Bd. 27) (1904), S. 218-229. - Vgl. dazu Büchers Replik, ebd., S. 546-551.

BÜCHER, Buchhandel, 3. verm. u. verb. Aufl. (1904) (wie Anm. 13), S. 355ff.

Ebd., S. 359ff.

Ruprecht, Väter (wie Anm. 12), S. 237.

Kontradiktorische Verhandlungen über Deutsche Kartelle. Die vom Reichsamt des Innern angestellten Erhebungen über das inländische Kartellwesen in Protokollen und stenographischen Berichten, H. 7: Verhandlungen über den Börsenverein der deutschen Buchhändler am 11., 12. und 13. April 1904 im Reichsamt des Innern und im Reichstagsgebäude zu Berlin, Berlin 1904, S. 219.

befragten Buchhändler wie auch den nicht sehr geschickt angelegten Fragebogen zurückgeführt wurde<sup>42</sup>. Offenbar blieb viel Wichtiges ungesagt<sup>43</sup>. Vor allem wurde meistens der Frage ausgewichen, ob der Buchhandel sich selbst als ein Kartell verstehe. Im Anhang zu dem amtlichen Verhandlungsbericht wurde herausgestellt, daß die öffentlichen Bibliotheken eine Erhaltung der gegenwärtigen Buchhandelsorganisation wünschten. Ansichtssendungen, fester Ladenpreis über viele Jahre hinweg und die Bestellung bei wenigen Buchhandlungen anstatt bei vielen Verlagen wurden als Vorteile herausgestellt, im übrigen aber alle Argumente der Hauptkontrahenten noch einmal gegenübergestellt<sup>44</sup>.

Im Rahmen der Untersuchungen des Reichsamt des Innern wurde dann beschlossen, eine Kommission zu bilden, die alle ungeklärten Fragen behandeln sollte. Sie trat am 31. Mai 1904 unter Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Peter Spahn (Zentrum) zusammen. Aber auch diese Ausschußsitzung stand unter einem ungünstigen Stern. Der "Akademische Schutzverein" erschien hier gänzlich unvorbereitet und hatte noch nicht einmal die Protokolle der vorhergehenden Verhandlungen erhalten<sup>45</sup>. Bücher forderte im Namen aller deutschen Gelehrten neben 10 v.H. Rabatt für die Bibliotheken einen nach der Kaufsumme eines Jahres gestaffelten Kundenrabatt, den Vertrieb billiger Volksliteratur durch Konsumvereine, den billigeren Bezug von Unterrichtswerken für Dozenten, aber auch die Abschaffung von Rabattbeschränkungen für gemeinnützige Fach- und Bildungsvereine, die Postzustellung von Zeitschriften zum Buchhändlerpreis sowie eine generelle Buchverbilligung für

Akademiker. Der "Börsenverein" mit Albert Brockhaus als Vorsteher versuchte, die Bibliothekare von den übrigen Mitgliedern des Akademischen Schutzvereins abzuspalten<sup>46</sup>. Wie schon in den vorigen "kontradiktorischen Verhandlungen" zeigten sich die Buchhändler einem Bibliotheksrabatt nicht ganz abgeneigt, wollten aber den geforderten Kundenrabatt auf keinen Fall einräumen. So wurden die Verhandlungen recht bald ergebnislos abgebrochen<sup>47</sup>. Buchhändler und Bibliothekare konnten sich noch am gleichen Nachmittag einigen, wodurch die Gruppe der Wissenschaftler stark geschwächt wurde.

Damit war der Höhepunkt des "Karl Bücher-Streits" erreicht. Bei etwas weniger starren Positionen und einer weniger emotional aufgeheizten Stimmung, aber auch bei sorgfältigeren Untersuchungen und einer glücklicheren Tagesordnung sowie vor allem bei einer besseren Führung und Vorbereitung auf Seiten der Wissenschaft hätten hier vielleicht echte Vorschläge zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen Buchhandel und Wissenschaft gefunden werden können. Ein Gießener Wissenschaftler namens Krüger hatte sie bereits bei den "Kontradiktorischen Verhandlungen" wie folgt auf den Punkt gebracht:

"Ich bin hierher gekommen, auch von meinen Kollegen deputiert, um nach Möglichkeit Klarheit über die ganz bestimmten Wünsche zu schaffen, die wir haben ... Zu diesen Wünschen der Lehrerschaft gehört, um es ganz kraß zu sagen, daß wir Akademiker für die Zwecke unseres Studiums, wenn es

<sup>&</sup>lt;sup>42</sup> Ebd., S. 200.

Robert L. Prager, Wissenschaft und Buchhandel, Berlin 1905, S. 95.

H. VOELCKER, Bericht über die zwischen Wissenschaft und Buchhandel entstandenen Meinungsverschiedenheiten. Anlage zu den Kontradiktorischen Verhandlungen (wie Anm. 41).

Verhandlungen zwischen dem Akademischen Schutzverein und dem Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig. Stenographischer Bericht über die am Dienstag den 31.5.1904 im deutschen Buchhändlerhaus zu Leipzig abgehaltene Kommissionssitzung, Leipzig 1904, S. 5ff.

Albert Brockhaus wird von seinem Kollegen Wilhelm Ruprecht als bedächtig-überlegt handelnde Führernatur mit Aktenkenntnis, Verhandlungsgeschick und hervorragendem Gedächtnis geschildert, dem die Gegenseite keine entsprechende Persönlichkeit entgegensetzen konnte. Vgl. Ruprecht, Väter (wie Anm. 12), S. 236.

Karl Bücher soll auf dieser Sitzung den hochangesehenen Verleger Brockhaus, den Vorstand des Börsenvereins Deutscher Buchhändler, der Unwahrheit bezichtigt haben. Dieser antwortete darauf mit dem Ausruf: "Unverschämt!", was auf den anwesenden Geheimen Rat Binding vom Reichsamt des Inneren "- wie eine Bombe wirkte". Nach diesem Wortwechsel erfolgte eine "secessio professorum", d.h. ein Auszug der anwesenden Vertreter des Akademischen Schutzvereins. Brockhaus habe daraufhin geäußert: "Der Bruch mußte jedoch kommen." Vgl. Ruprecht, Väter (wie Anm. 12), S. 238.

irgend möglich ist, Ausnahmebedingungen haben wollen auf Kosten irgendwelcher Vermittlungsinstanz, und wenn das ganze Sortiment darüber zu Grunde geht ... Sie können ja die Preise für die anderen Menschen so stellen wie sie wollen ... Nehmen Sie meinetwegen in ihre statuarischen Bestimmungen aber den Satz auf: Akademiker und Studenten bekommen die Bücher zu Ausnahmepreisen ... 148

Die Fronde der Wissenschaft gegen den Buchhandel zerbröselte nach diesem negativen Ausgang. Schon vorher hatte sich, wie schon erwähnt, Widerspruch bei einzelnen Gelehrten gegen die zu radikalen Zielsetzungen des Schutzvereins gezeigt. Er ging nun vor allem von der thüringischen Landesuniversität Jena und seinem Prorektor Julius Pierstorff aus, der wie Bücher Nationalökonom und Staatswissenschaftler war<sup>49</sup>. Um den Schutzverein wurde es merklich stiller, und das Interesse an den Gedanken Büchers ließ schnell nach. 1905 erschien die letzte Stellungnahme aus buchhändlerischer Sicht<sup>50</sup>. Dort wurde wie zuvor in einem Zeitungsartikel bilanzierend die Ansicht vertreten, die "kontradiktorischen Verhandlungen" hätten den Sortimentsbuchhandel als einen "segensreichen, notwendigen und im wesentlichen durchaus gesunden Faktor inmitten der allgemeinen Kulturarbeit noch klarer und bestimmter als früher erkennen lassen<sup>151</sup>. Der Streit habe erwiesen, daß der Sortimenter die Bücher nicht verteuere und die Verlage die Autoren nicht einseitig ausbeuteten. Bücher würden zwar wegen des ganz anderen Preis- und Wettbewerbsgefüges billiger ins Ausland geliefert, aber eine Überproduktion von Büchern könne dieses nicht stoppen. Die Zahl der Sortimenter, vor allem der Zwergbetriebe, sei viel geringer als bei Bücher angenommen. Ihre Zahl könne nur durch marktkonformen Wettbewerb verringert werden. An der Buchhandelsorganisation lasse sich gewiß etwas verbessern, ohne den Kundenrabatt wieder einzuführen. Das geschäftsführende Direktorialmitglied der berühmten Gehe-Stiftung in Dresden, Professor Theodor Petermann, gab resümierend die Ansicht der Bibliothekare wieder<sup>52</sup>. Er verurteilte wie Bücher die Abschaffung des Kundenrabatts und sah das Grundübel im Mißverhältnis von Angebot und Nachfrage, in der von den Bibliotheken mit ihren festen Etats immer weniger zu verkraftenden Überproduktion von Büchern. Die Ansichtssendungen hielt er dagegen wie Sortimenter und Verleger für absolut notwendig. Auf die vorherige Einsichtnahme könnten gerade die sparsamen Bibliotheksverwaltungen nicht verzichten. Er schlug vor, billige Bücher mit höherem Buchhändlerrabatt zu liefern, denn bei zu hohem Rabattgewinn komme der Verleger in die Versuchung, das sichere Geschäft ohne Sortiment selbst zu machen.

Über die anderen Veröffentlichungen ging der Freiburger Nationalökonom und Kartellexperte Robert Liefmann insofern hinaus, als er sich mit dem Gegensatz Verlag – Sortiment auseinandersetzte<sup>53</sup>. Bei der Frage, warum sich die Verleger für einen möglichst billigen Preis beim Endverbraucher aussprechen (als Produzenten müßten sie eher umgekehrt argumentieren), kommt er zu dem Schluß, daß wissenschaftliche und belletristische Verlage hier entgegengesetzte Interessen aufweisen. Der schöngeistige Verlag benötige zu dem Vertrieb über das ganze Reich verstreute Sortimenter, um möglichst viele Leser zu erreichen. Dem wissenschaftlichen Verleger sei dagegen mehr mit wenigen Spezialbuchhandlungen gedient. Im Vertrauen auf konstanten Absatz auch bei höherem Preis und zur Vermeidung von Konflikten hätte man dem Sortiment und den belletristischen Verlagen aber hier keinen Widerstand entgegengesetzt. Hinzu komme, daß die Verlage den "Börsenverein" dazu benutzten, um mit Hilfe des festen Ladenpreises die Buchhandlungen von sich abhängig zu erhalten, wobei das Entstehen von Buchhandelsgroßbetrieben

Kontradiktorische Verhandlungen (wie Anm. 41), S. 377ff.

Vgl. Koehler, S. XIV (wie Anm. 25).
Prager, Wissenschaft (wie Anm. 43).

Alfred Oehlkes, Der Sortimenter. In: Breslauer Zeitung, Nr. 388 v. 5. Juni 1904.

Theodor Petermann, Der deutsche Buchhandel und seine Abnehmer. In: Jahrbuch der Gehe-Stiftung zu Dresden Bd. 12, Dresden 1906, S. 173-236.

Robert Liefmann, Der deutsche Buchhandel in der Kartellenquête, nebst Untersuchungen über seine Organisation und seine voraussichtliche Weiterbildung. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 83 (= III. Folge, Bd. 28) (1904), S. 200-237.

möglichst vermieden werden sollte. Liefmann, der damit einen der profundesten Beiträge zu dem Streit lieferte, sah drei Möglichkeiten zur Reorganisation:

- 1. Das Sortiment trennt sich in vertreibenden Handel und Wiederverkäufer. Die wissenschaftliche Literatur wird dann nur durch spezialisierte Buchhändler zum festen Preis vertrieben, wobei Staffelrabatte die Anzahl der Sortimenter klein halten können.
- 2. Es wird ein großes, vom Verlag unabhängiges, frei nach Einkaufspreisen kalkulierendes Sortiment geschaffen.
- 3. Es bilden sich Verlagskonzerne, welche die Sortimente aufsaugen und eigene Verkaufsfilialen betreiben.

Liefmann hielt die erste Möglichkeit für die wahrscheinlichste und hat damit in der Tat später recht behalten. Die Frage nach dem Kundenrabatt wurde von ihm als kleinlich, die Weiterbildung der Buchhandelsorganisation dagegen für einzig entscheidend gehalten.

Am 1. April 1907 trat dann ein Abkommen zwischen dem Verband Deutscher Bibliothekare und dem "Börsenverein" in Kraft. Darin verpflichteten sich die Buchhändler, keine Ortsverkaufsordnung zu genehmigen, die nicht mindestens den Büchereien mit einem Etat von über 10.000 M 7 1/2 v.H. und unter einem Etat von 10.000 M 5 v.H. Rabatt bewilligte. Dies kann als ein später Erfolg des Akademischen Schutzvereins angesehen werden. Dabei darf freilich nicht übersehen werden, daß die hinter den Bibliotheken stehende finanzielle Potenz auch ohne den Schutzverein eine solche Regelung wahrscheinlich erreicht hätte. In der Folgezeit übernahm der Schutzverein vor allem die Interessenvertretung seiner Mitglieder wahr, d.h. er erteilte Autoren juristische Ratschläge beim Umgang mit Verlagen. Bis zum 1. Weltkrieg gab er ein "Korrespondenzblatt" heraus, das Interessenten werben und den Buchhandel auf Mißstände hin beobachten sollte<sup>54</sup>.

1917 gliederte er sich dem "Verband der Deutschen Hochschulen" an und verlegte seine Geschäftsstelle von Leipzig nach Münster, wo auch die

Mitteilungen des "Verbandes Deutscher Hochschulen" erschienen. 1921 kam Adolf Wach für den Schutzverein und Robert Voigtländer für den "Börsenverein" überein, die Austragung von Streitigkeiten künftig vor Gericht zu meiden, und am 1. Juni 1922 wurden die letzten Differenzen unter Mitwirkung Karl Büchers beseitigt<sup>55</sup>. Man glich die Autorenhonorare dem durch die Geldentwertung gestiegenen Ladenpreisen an. Die Rechte eines Verfassers sollten fortan nicht mehr ungebührlich geschmälert werden und vor allem wissenschaftliche Werke an die Hörer des Autors einheitlich mit 20 v.H. – 25 v.H. Nachlaß abgegeben werden.

\*\*\*

Überblickt man abschließend den "Karl Bücher-Streit" zu Beginn dieses Jahrhunderts, dann gibt es keinen Zweifel, daß der Leipziger Volkswirt ein für die Entwicklung des allgemeinen Geisteslebens wie auch speziell für die Vermittlung von Kulturgütern wichtiges Problem erstmals scharf herausgearbeitet und zugleich in den größeren Zusammenhang der Wirtschaft und technisch-organisatorischen Rationalisierung gestellt hat. Die immer schneller ansteigende Buchproduktion und Spezialisierung der Nachfrage auf dem Buchmarkt verlangten in der Tat Reformen. Durch die polemischen Überspitzungen büßte Büchers wegweisender Vorstoß freilich viel von seiner Überzeugungskraft ein. Wäre sein Memorandum versöhnlicher, die Argumente sachlich fundierter und vor allem besser mit den Bibliotheks- und sämtlichen Akademikerinteressen abgestimmt gewesen, hätten die Auswirkungen wahrscheinlich tiegreifender sein können. Die Reformen wurden in erster Linie durch die geringe Solidarität der Gelehrten verhindert, was bei dieser heterogenen Berufsgruppe allerdings nicht verwundern darf. Hätten sich die öffentlichen Bibliothekare, die die stärkere wirtschaftliche Potenz im Vergleich mit den Professoren darstellten, stärker mit diesen verbunden, wären noch größere

Korrespondenzblatt des akademischen Schutzvereins, Bd. 1-8, Leipzig 1906-1914.

Vertragsnormen und Auslegungsgrundsätze für Verlagsverträge über wissenschaftliche Werke. In: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel, Bd. 89 (1922), S. 642-645.

Reformen sicher durchzudrücken gewesen. Demgegenüber bildeten Sortimenter und Verleger eine relativ geschlossene Phalanx, hinter der sich allerdings auch unterschiedliche Interessengruppierungen verbargen. Die Buchhändler reagierten bei dieser Kontroverse überempfindlich und übersahen im Gegensatz zu einigen weiterblickenden Verlegern die sich hier auftuenden Chancen, die gesamte Vertriebsorganisation einmal grundsätzlich zu überdenken.

Der Staat beobachtete zwar sorgfältig diesen einmaligen Kraftakt zwischen Buchhandel, Verlegern, Bibliotheken und wissenschaftlichen Autoren, hielt sich aber betont bedeckt und verzichtete auf ein gesetzlich regulierendes Eingreifen. An eine systematische Befragung von Lesern dachte man offenbar überhaupt nicht, was mit dem Mangel an Verbraucher-Organisationen und der damals noch gering ausgebildeten empirischen Meinungsforschung zusammengesehen werden muß.

Die revolutionären Bücherschen Überlegungen sind in der Weimarer Republik zwar nicht gänzlich untergegangen, fanden aber offenbar keinen Widerhall mehr<sup>56</sup>. Nach dem Ende des 2. Weltkrieges, als der traditionelle Leipziger Büchermarkt zerstört war, schritten in Westdeutschland Bibliothekare und Wissenschaftler zur Selbsthilfe und gründeten in Reutlingen zunächst eine "Einkaufsgenossenschaft für öffentliche Büchereien", um in den Genuß der Buchhandelsrabatte zu gelangen. 1949 riefen dann 44 Professoren (darunter 18 aus Tübingen) sowie sieben Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zur Gründung der heute noch bestehenden "Wissenschaftlichen Buchgesellschaft" auf.

Das Konzept war von Professor Anrich, dem späteren ersten geschäftsführenden Direktor, bereits ein Jahr zuvor entworfen worden. Als maßgebendes Ziel wurde darin angegeben:

"Das unter den Kriegseinwirkungen zerstörte deutsche wissenschaftliche Schrifttum durch reprographische Neudrucke (Reprints) wieder erscheinen zu lassen sowie bedeutsame neue wissenschaftliche Bücher zu veröffentlichen und zu erschwinglichen Preisen den Mitgliedern zugänglich zu machen".

Wie bei den "Gelehrtenbuchhandlungen" des 18. Jahrhunderts und in der Denkschrift von Karl Bücher um 1900 sollten vor allem Akademiker mit Büchern zum Selbstkostenpreis versorgt werden, wobei die alte Subskriptionsidee im großen Stil wieder aufgegriffen wurde. Im Gründungsaufruf schwang mindestens im Unterton der Gedanke mit, den in den Augen der Verfasser zu teuren Buchhandel damit zu umgehen<sup>57</sup>. Später gab man dieses Finanzierungsmodell wieder auf, hielt aber an dem genossenschaftlichen gemeinnützigen Charakter weiter strikt fest. Die Angebotspalette wurde im Laufe der letzten 40 Jahre wesentlich erweitert und eigene Buchreihen, wie z.B. die bekannten "Erträge der Forschung" ins Leben gerufen. Zur Zeit werden rd. 150.000 Mitglieder mit jährlich 2.500 Buchtiteln versorgt, wobei 1.500 Nachdrucke von Originalausgaben und 100 neue eigene Titel vorgelegt werden. Der Umsatz hat die Grenze von 20 Mio. DM überschritten. Wie der letzte Katalog zeigt, werden sogar Software-Pakete zur elektronischen Textverarbeitung für bestimmte geisteswissenschaftliche Fächer angeboten, so daß sich Schritte von der einfachen Buch- zur weitgefächerten Mediengesellschaft abzeichnen.

Auf der anderen Seite nimmt die 1958 in München gegründete "Verwertungsgesellschaft WORT", die auch über eine eigene Abteilung Wissenschaft verfügt, unter Aufsicht der Urheberrechtsabteilung des Deutschen Patentamtes

Edmund Winterhoff, Die Krisis im deutschen Buchhandel als Folge seiner Kartellierung, Phil. Diss. Gießen 1927.

Im Gründungsaufruf der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft 1949 heißt es zu diesem Punkt: "Denn diese große genossenschaftliche Lösung schafft die Voraussetzung dafür, daß bei vorheriger Subskription und bei Vorauszahlung etwa eines Drittel des Subskriptionspreises kein Risiko besteht hinsichtlich des Absatzes der gesamten Auflage, daß die Auflagen durch das Zusammenstehen alle so groß sind, daß die Gestehungskosten für den Einzelnen sich aufs stärkste vermindern, und sie schafft die Voraussetzungen dafür, daß keine Gewinne eingerechnet zu werden brauchen, alle verteurenden Faktoren also wegfallen." Zitiert nach: Was will die Wissenschaftliche Buchgesellschaft. Aus dem Gründungsaufruf von 1949. (Werbeblatt o.O. und o.J.)

und im Einvernehmen mit dem Bundeskartellamt die Nutzungsrechte von Autoren wie Verlegern treuhänderisch wahr, wobei Nachdrucksrechte und Bibliothekstantiemen eine wichtige Rolle spielen. 1986 wurden z.B. an 40.497 Autoren 19,4 Mio. DM und an 1.178 Verlage 9,2 Mio. DM allein aus der Reprographieabgabe ausgeschüttet, woran die wissenschaftlichen Autoren mit 5,2 Mio. DM und wissenschaftliche Verleger mit 6,7 Mio. DM partizipierten<sup>58</sup>. Auch hier wird der gesamte Medienbereich immer mehr einbezogen. Neben der Kopierbetreuerabgabe, die 1985 gesetzlich im Urheberschutzgesetz verankert wurde, spielen Tantiemen aus der Videovermietung sowie aus Hörfunk- und Fernsehsendungen (einschließlich des privaten Kabelfernsehens) eine wachsende Bedeutung.

Eine besonderes Autorenversorgungswerk, das Zuschüsse als Arbeitgeberanteil zur Rentenversicherung bzw. privaten Altersvorsorge bei freiberuflichen Schriftstellern leistet, ein Sozialfonds für individuelle Notsituationen sowie Druckbeihilfen insbesondere für junge Autoren beweisen, daß frühere Anregungen zur Erweiterung des Aufgabenkreises solcher Selbsthilfeeinrichtungen inzwischen auf fruchtbaren Boden gefallen sind.

So haben die in Klopstocks "Gelehrtenrepublik" vor über zweihundert Jahren aufgeworfenen und von Karl Bücher dann um 1900 präzisierten Probleme viel von ihrer kontroversen Schärfe verloren. Auf die Buchhändler als "geistige Tankstellen" einer Kulturnation kann ebensowenig verzichtet werden wie auf die "Überproduktion" der Gelehrten und der Verlage.

WORT-REPORT, hg. v. d. Verwertungsgesellschaft WORT vereinigt mit der Verwertungsgesellschaft Wissenschaft (München), Ausgabe Juli 1986 sowie Satzung der Verwertungsgesellschaft WORT in der Neufassung vom 21.6.1976 mit Merkblättern.